

Schröter, Albrecht

Article — Digitized Version
Hoffen oder Handeln?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schröter, Albrecht (1970) : Hoffen oder Handeln?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 6, pp. 340-

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134128>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hoffen oder Handeln?

Albrecht Schröter, Hamburg

Divergenzen über das geeignete Vorgehen zur Steuerung der künftigen konjunkturellen Entwicklung beherrschen die konjunkturpolitische Debatte. Gegensätzlich sind auch die Strategien von Bundesregierung und Sachverständigenrat, wie sie im Nachtrag zum Jahreswirtschaftsbericht 1970 und im Sondergutachten „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“ dargelegt werden. Einigkeit besteht allein über den Ernst der Lage. Die konjunkturelle Entspannung, die noch Ende 1969 erwartet wurde, ist wegen der anhaltend hohen Inlands- und der wieder steigenden Auslandsnachfrage bisher nicht eingetreten. Besonders alarmierend sind die ausgeprägten Preissteigerungen. Kein Wunder also, daß sich auch die Bundesregierung in Ihrem Nachtrag zu einer Revision ihrer ursprünglichen Erwartungen gezwungen sieht. Vor allem werden nun weitaus höhere Preissteigerungen prognostiziert. Andererseits wird jetzt aber auch aufgrund der überaus kräftigen Nachfrageexpansion und einer unerwartet hohen Produktionselastizität mit einem Wachstum des realen BSP von 6% gerechnet entgegen der früheren Schätzung von 4–5%.

An der Frage, welche Konsequenzen aus der Entwicklung zu ziehen sind, entzünden sich jedoch die Meinungen. Die Mehrheit des Sachverständigenrates sieht auch weiterhin das Ziel der Geldwertstabilität als so gefährdet an, daß sie – anders als die Mehrheit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsprognose – schon jetzt konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der erwarteten weiteren Preissteigerungen fordert. Die Bundesregierung dagegen – und ein Mitglied des Rates als Minderheit – sieht in ihrer Antwort diese Notwendigkeit nicht als gegeben an.

Diese unterschiedlichen Strategien gehen nicht so sehr auf differierende Zielpräferenzen zurück. Sie beruhen vielmehr auf einer abweichenden Einschätzung der in naher Zukunft zu erwartenden Entwicklung. Der Sachverständigenrat ist davon überzeugt, daß trotz der eingeleiteten Restriktionen ein baldiger Übergang zu einer stabileren Entwicklung nicht wahrscheinlich ist. Denn er befürchtet einen in früheren Boomphasen nicht beobachteten Prozeß der Inflationsgewöhnung, der antizipierten Preissteigerungen. Ein wechselseitiges Aufschaukeln der Einkommensansprüche von Unternehmern und Gewerkschaften garantiert die Inflation selbst dann, wenn die Überforderung des Produktionspotentials nachlassen sollte und sich die reale Entwicklung verstetigt:

inflationäres Gleichgewicht. Die für diesen Prozeß notwendigen Überwälzungsmöglichkeiten sind gegeben. Deshalb sei nun deren Einschränkung notwendig. Die Preiserwartungen müßten durch Maßnahmen gebrochen werden, die die konkrete Gefahr eines Beschäftigungsrückgangs bewußt machen. Der Rat schlägt deshalb ein Maßnahmenbündel zur Dämpfung des privaten Verbrauchs vor. Dieses Programm sei außenwirtschaftlich abzusichern, damit nicht inflationäre Entwicklungen im Ausland die Rückkehr zur Stabilität verhindern. Parallel hierzu könnten die Restriktionen der Bundesbank gelockert werden.

Die Bundesregierung dagegen erkennt zwar die Gefahr weiterer Preissteigerungen, hält aber eine Beruhigung aufgrund ihrer Dämpfungsmaßnahmen für wahrscheinlicher. Deshalb erwägt sie erst für den Fall einer erneut erkennbaren Beschleunigung der Preissteigerungen ein offensichtlich ähnliches Programm wie der Rat. Die Entscheidungen werden also auch von den unterschiedlich bewerteten Unsicherheiten über die Wirkungen der Maßnahmen beeinflusst.

Die empfohlenen Maßnahmen versprechen nach Ansicht des Rates kurzfristig einen Stabilisierungserfolg, ohne daß – auch mittelfristig – eine stärkere Beeinträchtigung der Beschäftigung wahrscheinlich sei. Im Ernstfall könnte das vorhandene Instrumentarium zur schnellen Gegensteuerung eingesetzt werden. Die Chance einer baldigen Dämpfung sei dagegen bei den bisherigen Restriktionen aufgrund der Wirkungsverzögerungen gering. Eher wirkten sie in einer späteren Phase konjunkturell unerwünscht restriktiv. Dieser Effekt dürfte zudem dann besonders kräftig sein, wenn es tatsächlich zu der erwarteten Preiswelle kommt. Nicht nur würden die Unternehmer eines Tages ihre Preiserwartungen ändern und um so heftiger mit einer Abschwächung der Investitionsneigung reagieren, auch die öffentlichen Instanzen müßten früher oder später doch die Brechung der Inflation erzwingen.

Die bisherige Entwicklung ist nicht mehr zu korrigieren. Alle Beteiligten verurteilen das Versäumnis, der Überhitzung rechtzeitig zu begegnen. Auf die Notwendigkeit einer Anti-Zyklus-Strategie weist deshalb die Minderheit des Rates hin. Ansonsten bestünde immer die Gefahr, daß – wie schon jetzt zu beobachten – ein zu spätes und heftiges sowie einseitig einzelne Ziele betonendes Handeln die Amplituden der zyklischen Schwankungen und damit die Fehlentwicklungen erheblich vergrößert.